

» ten Kind gewährt und beträgt 20 Euro pro Monat und Kind. Solche Familien würden doppelt verlieren, denn bei mehreren betreuungspflichtigen Kindern kann meist nur ein Elternteil berufstätig sein. Sie verlieren den Alleinverdienerabsetzbetrag samt Kinderzuschlägen.

Der Plan von AK und IV widerspricht mehreren Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofs, nach denen die Kosten für Kinder zur Hälfte abzugelten sind. Diese Kosten sind aber je nach Alter und Familiensituation höchst unterschiedlich und können nicht mit Einheitssätzen angemessen abgegolten werden. Gleiche Sätze für jedes Kind in jedem Alter entsprechen einer alten Formel der SPÖ: „Jedes Kind ist gleich viel wert“, in der kaum verhüllt eine Ablehnung der Mehrkinderfamilie ausgedrückt ist. Diese steht unter dem Verdacht, ein Luxus der Wohlhabenden zu sein, den man nicht auch noch fördern sollte.

Die Gesellschaft übernimmt

Die Leitvorstellung ist wohl die berufstätige Frau, für die die Gesellschaft die Aufgabe der Kindererziehung weitgehend übernimmt. Deshalb treffen sich auch die ideologischen und ökonomischen Motive der AK so gut mit den Interessen der Industriellenvereinigung.

Sie betreffen junge Frauen, die nach möglichst kurzer Unterbrechung zum Kinderkriegen wieder im Arbeitsprozess auftauchen – und das natürlich auf Vollzeitstellen. Teilzeitarbeit ist bei der AK ebenso unbeliebt wie bei Arbeitgebern, obwohl sie nachweislich für viele Frauen attraktiv ist. Aber während ältere Arbeitskräfte in das teure Modell der Altersteilzeit gedrängt werden, sollen junge Frauen möglichst rasch wieder arbeiten.

Die Vergabe von Gutscheinen zur Benützung von Betreuungsplätzen passt ins Konzept. Es ist vor allem auf Wien zugeschnitten, wo Stadt und SPÖ sehr viele – und auch sehr gute – solcher Einrichtungen unterhalten. Vor allem am Land gibt es das flächendeckende Angebot überhaupt nicht. Dort würden die Gutscheine für Betreuung gar nicht eingelöst werden können und eine explosionsartige Vermehrung dieses Angebots ist auch nicht zu erwarten.

Die schöne Eintracht der Wiener Sozialpartner stört nur ein aufsässiger Voralberger, der dortige AK-Präsident Hubert Hämmerle. Er wirft – durchaus klassenbewusst – seinem Wiener Kollegen Tumpel vor, der Industrie auf den Leim gegangen zu sein: „Schon wieder sollen zuerst die Familien bluten,

während Vermögen, Stiftungen und Gruppenbesteuerung unangestastet bleiben.“ Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dürfe „nicht auf dem Rücken der Großfamilien und Alleinverdiener“ erreicht werden.

Österreich ist nicht vorbildhaft

Österreich ist im Gegensatz zu dem, was auch jetzt wieder behauptet wird, nicht auf allen Feldern der Familienförderung vorbildhaft. Die Mängel würden durch die AK-IV-Pläne noch verschärft werden. Sie liegen nämlich genau bei den Steuererleichterungen und nicht bei den direkten Transferleistungen, die jetzt schon im internationalen Vergleich zu den höchsten gehören. In Frankreich etwa, das mit die höchste Geburtenrate in der OECD hat und immer schon Familienpolitik mittels Steuerpolitik betrieben hat, herrscht ab dem dritten Kind eine weitgehende Steuerbefreiung.

Familienorganisationen können vorrechnen, welche realen Verluste Familien dadurch erleiden, dass die Beihilfen nicht valorisiert werden. Während Pensionen laufend der Inflation angepasst werden, hat die allgemeine Familienbeihilfe in den vergangenen zwanzig Jahren einen Wertverlust von 37 Prozent erlitten. Der Ausgleichszulagenrichtsatz für die Mindestpensionen wurde im selben Zeitraum um 96 Prozent erhöht. Das vor zehn Jahren eingeführte Kinderbetreuungsgeld wurde überhaupt noch nie erhöht.

Anreiz für die „Null-Kind-Familie“

Carina Kerschbaumer nennt in der „Kleinen Zeitung“ das Konzept von AK und IV unverblümt „ein nicht mehr überbietbares Anreizsystem für das ökonomisch ohnehin längst vernünftige Lebensmodell: für die Null-Kind- oder maximal Ein-Kind-Familie, die dann der Wirtschaft mit Vollzeit zur Verfügung steht“. Und wenn es eine Frau noch „wagt, drei Kinder zu bekommen und deshalb über Jahre zu Hause bleibt“, werde das Einkommen des Partners besteuert, „als ob er ein Single wäre und nicht fünf Personen davon leben müssten“. Soweit das Urteil einer Frau, die weiß wovon sie redet, weil sie selbst berufstätig ist und daneben Kinder aufzieht.

Hans Winkler war langjähriger Leiter der Wiener Redaktion der „Kleinen Zeitung“.

✉ E-mails an: debatte@diepresse.com

ren sündteuren Verkleidungen“ hoffentlich nicht dazu veranlassen, statt der dafür „instrumentalisierten Kinder“ noch womöglich selber „Weisen aus dem Morgenland“ zu singen.

Zitate (kursiv) nach W. Prothmann
DI Heinrich Schuschnigg, 1030 Wien

Schwieriger Wiedereinstieg nach Karenz

„Unheilige Allianz gegen die Familien“, LB von A. Trendl, 11. 1. Viele Mütter und immer mehr Väter kommen in die AK-Beratung, weil für sie der Wiedereinstieg nach der Karenzzeit wegen der Kinderbetreuung schwierig ist. Das belegen auch die Erhebungen von Statistik Austria: Mehr als 140.000 Eltern mit Kindern unter 15 Jahren sagen, dass sie nicht erwerbstätig sein können oder in Teilzeit arbeiten, weil das Kinderbetreuungsangebot nicht ausreicht. Dass der Katholische Familienverband diesen Eltern nun vermittelt: „Euer Problem, bleibt zu Hause, betreut eure

Kinder selber“ und damit den Eltern noch ein schlechtes Gewissen einredet, ist untragbar.

Übrigens: Alfred Trendl vom Katholischen Familienverband ist Steuerberater im Brotberuf. Diese Berufsgruppe profitiert natürlich von komplizierten, intransparenten Steuerregeln. Ob da vielleicht auch noch andere Interessen hinter Trendls Kritik stecken?

Alice Kundtner,
AK-Bereichsleiterin für Soziales

Impressum: Debatte

Leitung: Burkhard Bischof
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Ursula Mayer, Henriette Riegler-Adrigan
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet

DiePresse.com/debatte

Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zusage, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

„Ankerkinder“ sind die neuen „Scheinasylanten“

Gastkommentar. Wie uns das Innenministerium auf die nächste Verschärfung im Asylrecht vorbereitet und wie Medien dabei mitmachen.

VON ALEXANDRA SIEBENHOFER
UND GERD VALCHARS

Am 3. Jänner präsentierte das Innenministerium die Asylstatistik 2011. Die Kernaussage laut Innenministerin Johanna Mikl-Leitner: Die Zahl der Asylanträge 2011 habe gemessen am Jahr zuvor zugenommen, die Erstaufnahmestelle Traiskirchen sei deutlich überbelegt. Besonders zugenommen habe außerdem die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter den Neuanträgen. Eine Tatsache, die laut Innenministerium besonderes Augenmerk verlange, biete sie doch nachziehenden Erwachsenen eine erleichterte Möglichkeit auf Asyl.

Vier Tage nach der Präsentation der Zahlen sind ein paar Medien auf den Zug aufgesprungen. Sowohl der „Kurier“ als auch ORF Niederösterreich lieferten mit ihrer Berichterstattung ein eindrückliches Beispiel dafür, wie der vom Innenministerium angeleitete Diskurs zu Flucht und Asyl von Medien unhinterfragt übernommen und reproduziert wird.

Beide Beiträge nehmen die überbelegte Erstaufnahmestelle Traiskirchen in den Blick und thematisieren den Anstieg an unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Als einzige Quelle wird Franz Schabhüttl zitiert, Leiter der Erstaufnahmestelle Traiskirchen. Dessen eigene Interessenslage bleibt unhinterfragt, Gegenpositionen kommen nicht zu Wort.

Nachlässige Recherche

UNHCR, Asylkoordination, Caritas, evangelische Diakonie oder Integrationshaus: Sie alle sind tagtäglich in der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aktiv, kennen die Problematik und die dazugehörigen Zahlen. Ihre Expertise zählte im Vergleich zu jener des Leiters der Erstaufnahmestelle aber offensichtlich nicht.

Nachlässige Recherche führte außerdem zu Falschinformationen im Onlinebeitrag des ORF. So wurde behauptet, Eltern und Geschwister bekämen „automatisch einen positiven Asylbescheid, wenn das Kind nach Österreich geflüchtet ist“. Erst nach Kritik von SOS Mitmensch wurde richtigge-

stellt, dass die Kernfamilie nur nachkommen kann, wenn ein Asylverfahren bereits positiv abgeschlossen ist. Verschwiegen wurde jedoch weiterhin, dass auch dies nur möglich ist, wenn ein Verfahren noch während der Minderjährigkeit abgeschlossen wird.

Entlarvende Sprache

Dass sich dieses Detail mit einem einzigen Anruf bei der Asylkoordination hätte erfragen lassen, zeigt, welche Priorität ausgewogene Berichterstattung zu Flucht und Asyl offensichtlich genießt.

Die Berichte sind aber nicht nur unrichtig, sondern vor allem auch in ihrer Sprache entlarvend. Während im ORF aus unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen „sogenannte Ankerkinder“ werden, geht der „Kurier“ noch weiter und erhebt die Wortneuschöpfung „Ankerkinder“ zum allgemein gültigen Fachbegriff. Er setzt stattdessen die bisherige Bezeichnung unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter Anführungszeichen und ein „sogenannte“ davor.

Von „Flüchtlingen“ zu „Scheinasylanten“, von „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ zu „Ankerkindern“ und „sogenannten unbegleiteten Minderjährigen“. Eine weitere Drehung im österreichischen Asyldiskurs. Das sprachliche Neujahrsbaby 2012 ist ein „Ankerkind“.

Was aber unterscheidet „Ankerkinder“ von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen? Eben noch allein auf der Flucht vor Verfolgung und im Kampf ums Überleben, werden minderjährige Flüchtlinge durch die Bezeich-

nung als „Ankerkinder“ plötzlich zu Instrumenten anderer. Je nach Lesart sind sie dann entweder Opfer ihrer Eltern, die kriminell ihre Kinder ins Ungewisse „vorausschicken“, nur um später selbst nachziehen zu können. Oder die Kinder werden samt ihrer Eltern zu Opfern „weltweiter Schleppersyndikate“, die Flüchtlingen „in den Lagern Griechenlands die Kinder abnehmen und sie vor das Lager in Traiskirchen stellen“.

In der Logik der „Ankerkinder“ ist kein Platz mehr für legitime Fluchtgründe. Als (unbegleitete minderjährige) Flüchtlinge gehörte ihnen geholfen, als Werkzeug Krimineller aber gehören sie bekämpft. Mikl-Leitners „Ankerkind“ bereitet uns auf schon angedeutete Gesetzesänderungen im Asylbereich vor. Der Asyldiskurs wurde erneut ein Stück weg von menschenrechtlichen Perspektiven hin zu kriminellen verschoben.

Die Türen sind geschlossen

Wie das funktioniert, zeigt auch ein kurzes Zitat des Leiters des Flüchtlingslagers Traiskirchen im „Kurier“: „Keiner schafft den weiten Weg ohne Schlepper“, wird Schabhüttl zitiert, der damit unterstreichen möchte, wie verbreitet kriminelle Schlepperei sei. Was er aber damit ebenfalls sagt: Für Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung gibt es keine legale und ungefährliche Möglichkeit, nach Österreich zu gelangen. Die Türen für Flüchtlinge sind geschlossen – und offensichtlich sollen sie es auch bleiben.

Diesbezügliche Symbolik mit auf den Weg gibt schließlich auch das Ende des Artikels. Zur Verdeutlichung der Wortneuschöpfung „Ankerkinder“ werden neben Anker nun auch Seil und Mauer bemüht. „Ankerkinder“ wären wie Anker, die an einem Seil über eine Mauer geworfen werden, um ebendiese zu überwinden. „Verbietet die Anker!“, schreien die einen – „Weg mit den Mauern!“, antworten wir. Denn ohne den Fluchtweg versperrende Mauern braucht es weder (kriminelle) Seile noch (entmenslichte und instrumentalisierte) Anker(-kinder).

✉ E-Mails an: debatte@diepresse.com

Das aktuelle Buch

Was den Aufstieg Asiens aufhalten könnte

Andreas Lorenz gehört zu den erfahrensten Asien-Korrespondenten des deutschsprachigen Raumes. Der Ehemann von Jutta Lietsch, der Korrespondentin der „Presse“ in China, beobachtete seit 1988 für das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ von Bangkok und Peking aus das Geschehen in Asien, reiste ständig zwischen Neu-Delhi und Taipeh, Jakarta und Pjöngjang hin und her. Er ist also prädestiniert, den Aufbruch ins „asiatische Jahrhundert“ zu beschreiben – und das tut er in diesem Buch auf gekonnte Weise: flüssig, einfühlsam, nüchtern und dennoch spannend.

Lorenz versucht dabei zwei Kernfragen zu beantworten: „Ist der Aufstieg Asiens tatsächlich unaufhaltsam, oder wird er sich irgendwann festfahren? Sind die asiatischen Autokratien und Quasidemokratien, allen voran China, wirklich ein Modell für andere

Staaten?“ Ein erfolgreiches Asien, glaubt er, sei eine Bereicherung für die Welt, biete gerade auch für Europa Chancen und Möglichkeiten.

Freilich, mit dem wirtschaftlichen Aufstieg sind auch wachsende Risiken verbunden – die sich aus dem immer größer werdenden Rohstoffhunger, der Schändung der Umwelt, der Gefahr sozialer Konflikte, der schwachen Infrastruktur, der Herrschaft von Diktatoren ergeben. In etlichen Boomländern wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, steigen aber auch die Militärausgaben.

Die Antwort auf seine Frage, was Asiens Aufstieg verhindern könne, sei immer gleich gewesen: zu große soziale Ungleichheit auf dem Kontinent und Instabilität in China. Dabei ist es auch so, dass das wirtschaftliche und militärische Erstarken Chinas in der Nachbarschaft mit großem Unbehagen

gesehen werde und man dort darauf vertraue, dass die USA weiter ein Gegengewicht bildeten: „Bei meinen Reisen habe ich außerhalb Chinas keinen einzigen Politiker oder Experten getroffen, der einen Abzug der Amerikaner befürwortet hätte“, schreibt Lorenz.

Von den Europäern aber wünscht sich Lorenz, dass sie „klar auftreten und legitime Interessen durchsetzen, energischer als bisher auf den Schutz der Menschenrechte pochen“. Denn, zitiert er Chris Patten: „Freie Gesellschaften sind die besseren Nachbarn.“ b. b.



Andreas Lorenz
„Die asiatische Revolution“
Wie der „Neue Osten“ die Welt verändert

edition Körber-Stiftung,
273 S., € 16,50